„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

Organ der deutschsprechenden Canadier

18. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 18. März 1925 | 12 Seiten | Nummer 19

Frage der canadischen Senatsreform ins Rollen gebracht

Senatoren sollen durch Provinzen ernannt oder gewählt werden.

Ottawa. — Die Frage der Reform des canadischen Senats ist schon oft genug erörtert worden, ohne daß jedoch bisher ein entscheidender Schritt in dieser Sache getan worden wäre. Westcanada, das in der Zweigliniefrage besondere Proben von der Unzulänglichkeit und Rückständigkeit des Senates erfahren durfte, hat in den letzten Monaten mit stetem Nachdruck die Umgestaltung des Senats gefordert. In einem parlamentarisch und demokratisch regierten Lande ist es ein wahrer Unsinn, wenn eine unverantwortliche Körperschaft den im Unterhaus zum Ausdruck gebrachten Volkswillen in sein Gegenteil verkehren kann. Ja, man muß sich verwundert fragen, wie überhaupt solche an autokratische Regierungsmethoden erinnernde Verhältnisse bis in die moderne Zeit hinein bestehen konnten.

Es war daher allerhöchste Zeit, daß in der Thronrede im canadischen Parlament die Senatsreform angekündigt wurde. Das Unterhaus griff nun in einer seiner letzten Sitzungen die Sache auf und führte eine längere Debatte darüber. Den unmittelbaren Anstoß dazu gab eine Resolution, die von J. T. Shaw, dem unabhängigen Abgeordneten von West Calgary, eingebracht wurde. Darin hieß es nur, der Senat sei in seiner heutigen Zusammensetzung und Verfassung nicht von besonderem Vorteil für Canada. Bald darauf brachte der Progressive J. W. Findlay von South Bruce eine Ergänzung zu dieser Resolution, die schon deutlicher wurde. Findlay forderte nämlich eine Aenderung der canadischen Verfassung, wodurch der Dominion das Recht gewährt werden soll, den Senat zu einer wählbaren Körperschaft zu machen oder ion ganz abzuschaffen, je nach dem das Volk bei einer allgemeinen Abstimmung gelegentlich der nächsten Dominionwahlen entscheiden würde.

Shaw erklärte zur Begründung seiner Resolution, die öffentliche Meinung habe diese Frage bis an die Tore des Parlaments gebracht. Er sei schon damit zufrieden, und für seine Bemühungen reichlich entschädigt, wenn durch seine Resolution die Senatsreform einer befriedigenden Lösung näher gebracht werde. Der Premierminister trage sich mit der Absicht, eine Konferenz mit Vertretern der Provinzialregierungen einzuberufen. Eine solche Konferenz werde aber zweifellos gerne die Wünsche und Meinungen des Parlamentes kennen lernen. Der Hauptzweck des Senates sei bei seiner Gründung gewesen, dem demokratischen Ansturm einen Damm entgegenzustellen. Aber diese Idee sei hundert Jahre alt. Heute sei es angebracht, sein Augenmerk der Einschränkung der Reaktion zuzuwenden. Zwei Fehler seien beim Senat festzustellen. Einmal sei die Ernennung der Senatsmitglieder durch den Generalgouverneur absolut unvereinbar mit dem canadischen Bundessystem. Die Provinzen hätten bei ihrer Ernennung nichts mitzureden, obwohl die Senatoren gerade die Interessen der Provinzen wahrnehmen sollten. Zweitens sei der Senat auch viel zu groß. Er sei seiner Verfassung nach nicht unabhängig, sondern einseitig parteiisch.

Shaw macht daher den Vorschlag, der Senat solle entweder gewählt werden oder seine Mitglieder sollten von den verschiedenen Provinzialgesetzgebungen ernannt werden. Die Zahl der Senatoren könne von 96 auf 36 vermindert werden, wobei auf jede Provinz vier Vertreter entfielen. Sollte aber ein Wahlsystem angewandt werden, dann könne man z. B. Alberta in zwei Wahlkreise teilen und in ähnlicher Weise in den anderen canadischen Provinzen verfahren. Angelegenheiten der nationalen Politik und solche, die für eine längere Zeit in Betracht kämen, könnten dem Senat übertragen werden. Die Senatswahlen sollten gleichzeitig mit den allgemeinen Wahlen stattfinden und die Amtszeit der Senatoren solle auf vier Jahre oder eventuell auch auf eine etwas längere Zeit festgesetzt werden.

* * *

Legislatur von Alberta für Senatsreform

Edmonton. — Die Legislatur nahm am 11. März eine Resolution an, die von W. H. Davidson, dem Unabhängigen Mitglied von Calgary, eingebracht worden war, der die Reform des Senats fordert und den in der Thronrede des canadischen Parlaments gemachten Vorschlag billigt, wonach das Parlament zur Aenderung des British North America Act ermächtigt werden soll. Eine Opposition gegen die Resolution machte sich nicht bemerkbar. Alle Redner waren sich über die Notwendigkeit der Senatsreform einig. Einige gingen sogar so weit, daß sie die völlige Abschaffung des Senats forderten, während andere sich mit der Beschränkung seiner Vollmachten begnügen wollen. Die allgemeine Meinung ging dahin, daß es nicht schwer sein werde, vom Parlament von Großbritannien die notwendige Ermächtigung zur Aenderung des British North America Act zu erhalten.

Fehlbetrag von $368,632 in Alberta

Rückgang in der Ausbeutung der Naturschätze.

Edmonton. — Hon. R. G. Reid hat in seiner jährlichen Budgetrede in der Alberta-Legislatur erklärt, daß im Jahre 1925 mit einem Fehlbetrag von $369,632 gegenüber $620,841 im letzten Jahr bei den Einnahmen zu rechnen sei. In den Ausgaben wird eine Zunahme in Höhe von $1,171,864 zu erwarten sein. Doch werden auch die Einnahmen sich im Jahre 1925 um $778,267 vermehren. Hon. Reid setzt große Hoffnungen auf die Ausbeutung der Naturwerte, die von der Provinz ökonomischer verwaltet werden könnten als von der Dominion. Nur muß nach seiner Meinung dafür gesorgt werden, daß die Entwicklung dieser Hilfsquellen der Provinz auch der Bevölkerung zu Gute kommen.

Bemerkenswert ist auch, was Hon. Reid über die Kohlenproduktion sagte, die im letzten Jahre einen Gesamtwert von $19,101,209 hatte, obwohl die Bergleute von Alberta zu 50 Prozent von April bis Oktober im Streik standen. Petroleum ist in einer Menge von 1,102 Fässern zum Werte von $8,117 und an Naturgas sind 7,100,000 Kubikfuß im Werte von $1,850,000 gewonnen worden. Baumaterialien wurden im Werte von $1,790,000 gewonnen. Die gesamte Mineralausbeute von Alberta im Jahre 1924 war $22,749,662 wert gegenüber $11,287,536 im Jahre 1923.

Neue Steuermethoden sind nicht geplant.

* * *

Im Laufe der Budgetdebatte ergriff auch Premier Greenfield das Wort, um die Finanzpolitik der Regierung gegenüber den Angriffen der Opposition zu verteidigen. Er behauptete, daß die gegenwärtige Verwaltung in verschiedener Hinsicht Fortschritte gemacht habe. In jeder Abteilung seien Einsparungen gemacht worden und der Gesamtbetrag des Ersparten belaufe sich auf eine stattliche Summe.

* * *

Im Komitee der Legislatur wird über die Abänderungsanträge zum Alkoholgesetz beraten, was anscheinend eine geraume Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Große und weittragende Entscheidungen sollen aber anscheinend nicht gefällt, sondern die Ausführung des Gesetzes soll in der Hauptsache nur näher erläutert werden.

— In Fitchburg, Mass., entfernten Hospitalärzte auf operativem Wege aus dem Magen eines 13jährigen Mädchens, das Enden ihres Haares zu verschlucken pflegte, einen Haarball im Gewicht von 19 Unzen.

Canada und das Sicherheitsprotokoll

Die canadische Note an den Völkerbund.

Genf, 16. März. — Die Debatte im Völkerbundrat über das Sicherheitsprotokoll endete mit der Annahme eines von dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch eingereichten Vorschlags, die Erklärung des britischen Außenministers Chamberlain der nächsten Sitzung des Völkerbundes zu unterbreiten. Diesem Entschluß wurde von den Völkerbundanhängern nicht solche Wichtigkeit beigelegt, wie der Note Canadas, in der diese Dominion mit gewissen Vorbehalten sich bereit erklärte, die Zwangsjurisdiktion eines permanenten Welttribunals in Betracht zu ziehen. Die Zuschrift aus Ottawa ergab, daß Canada das Protokoll hauptsächlich deshalb verworfen habe, weil die Nichtbeteiligung der Ver. Staaten allfällige Sanktionen oder Strafverfängungen so gut wie undurchführbar mache.

In gewissen Kreisen hieß es, daß Canadas Standpunkt Austen Chamberlain hauptsächlich bewogen habe, mit solchem Nachdruck auf schiedsrichterliche Erledigung von Streitfragen hinzuweisen. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß in der September-Versammlung des Völkerbundes die Schiedsgerichtsfrage von großer Wichtigkeit sein wird. Die südamerikanischen Staaten vor allem sind zu Gunsten schiedsgerichtlicher Verhandlungen in Streitfragen und das hauptsächlich deshalb weil auch die Vereinigten Staaten diesem Prinzip huldigen.

* * *

Die canadische Note an den Völkerbund, von der hier die Rede ist, hat nach einer Mitteilung des Premier Mackenzie King im canadischen Unterhaus folgenden Wortlaut:

Ottawa, 9. März 1925.

Sir Eric Drummond,
Generalsekretär,
Völkerbund, Genf.

In Beantwortung Ihrer Mitteilung vom 27. Oktober 1924, der eine beglaubigte Abschrift des Protokolls zur friedlichen Regelung internationaler Streitigkeiten beilag, und in der uns kundgegeben wurde, daß das Protokoll von allen Vertretern der Völkerbundsmitglieder unterzeichnet werden kann, erlaubt sich die Regierung von Canada Ihnen zu erklären, daß sie nach sorgfältiger Prüfung der Sache zu folgenden Schlüssen gelangt ist:

1) Canada wird auch weiterhin dem Völkerbund seine freudigste Unterstützung angedeihen lassen, besonders aber seinem Werke der Versöhnung, der Gemeinschaftsarbeit und offener Politik.

2) Wir halten es im Interesse Canadas, des britischen Reiches und des Völkerbundes selbst nicht für ratsam, dem Parlament die Annahme des Protokolls und namentlich seiner strengen Bestimmungen hinsichtlich wirtschaftlicher und militärischer Sanktionen in jedem zukünftigen Kriege zu empfehlen. Unter den dafür in Betracht kommenden Gründen bestimmt uns dabei die Erwägung, welche Wirkung die Nichtbeteiligung der Ver. Staaten auf Versuche zur Durchführung der Sanktionen, besonders im Falle eines so nahegelegenen Landes wie Canada, haben müßte.

3) Canada glaubt fest an die Unterwerfung internationaler Streitigkeiten unter eine gerichtliche Untersuchung oder schiedsgerichtliche Entscheidung und hat sich an gewissen bedeutsamen Unternehmungen in dieser Beziehung beteiligt. Daher würden wir bereit sein, die Annahme eines zwangsweisen Schiedsgerichtes für dafür in Betracht kommende Streitfragen zu erwägen und Methoden zur Ergänzung der Vertragsbestimmungen über die Beilegung von außerschiedsgerichtlichen Fragen zu prüfen, wobei wir uns aber die endgültige Entscheidung in inneren Angelegenheiten vorbehalten und keine weiteren Verpflichtungen zu Vollstreckungsmaßnahmen im Falle anderer Staaten übernehmen würden.

4) Canada würde bereit sein, an einer allgemeinen Abrüstungskonferenz teilzunehmen, die aber nicht die vorausgehende Annahme des Protokolls bedingt.

W. L. Mackenzie King,
Premierminister und Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten.

Frankreich braucht 5 Milliarden-Anleihe

Paris, 16. März. — Eine Außenanleihe von vier bis fünf Milliarden, um Frankreichs Zahlungsverpflichtungen prompt zu erfüllen, ist in der jetzigen und in der kommenden Finanzkrise vor allem notwendig, erklärt Louis Loucheur in einem längeren Interview im „Journal". Das Blatt hatte ihn, als hervorragenden Finanzmann, ersucht, einen Ausweg für das Land, welches in diesem Jahre fällige Bonds im Betrage von 23 Milliarden Francs einlösen soll, in Vorschlag zu bringen.

Nach Loucheurs Ansicht würde, wenn dem Schatzamt genügende Fonds zur Begleichung fälliger Zahlungsforderungen geliefert würden alles glatt von statten gehen. Die Bondsinhaber, welche jetzt Einlösung verlangen, wären die ersten, die ihr Geld wieder in das Schatzamt zurückbringen würden. Leider habe die Regierung die Zinsrate seiner neuerlichen Anleihen erhöht und damit das Problem der Refundierung schwieriger gestaltet. Indessen fügte Loucheur hinzu: „Ich weiß, daß eine Außenanleihe möglich ist, und ich glaube, sie ist notwendig."

Vorbereitung des Kontraktes für den Futtergetreidepool

Die Hauptstelle des Saskatchewan Wheat Pool teilt dem Courier mit: Entsprechend den Empfehlungen der am 26. Februar in Regina abgehaltenen Delegatenkonvention sind in der letzten Woche in einer Zusammenkunft der Direktoren des Saskatchewan Wheat Pool die Einzelheiten für einen Futtergetreidepool (Coarse Grains Pool) ausgearbeitet worden. Mit der Vorbereitung des Kontrakts wird sofort begonnen werden.

Die Hafer-, Roggen-, Gerste- und Flachspools werden alle einen Kontrakt zur Grundlage haben, aber die für die verschiedenen Getreidearten erforderliche Anbaufläche wird verschieden sein.

Fünfzig Prozent der durchschnittlichen Anbaufläche der letzten vier Jahre wird das Mindestmaß für Roggen und Flachs sein und ein Drittel der Anbaufläche für Hafer und Gerste. Der Unterschied ist dem Umstand zuzuschreiben, daß zwei Drittel des in Saskatchewan angebauten Gersten- und Hafergetreides an Ort und Stelle verwendet und verkauft werden und die Pools daher nur sich um die Kontrolle des zu verkaufenden Ueberschusses anzunehmen haben. Jeder Pool wird in Wirksamkeit treten, sobald seine Mindestkontraktzahl gezeichnet ist.

Die Campaign für Kontrakte wird von den Wheat Pool Committees unter Ueberwachung der Delegaten vorgenommen.

Coolidge würdigt Verdienste Eberts

Herzliche Begrüßung des neuen Botschafters der deutschen Republik.

Washington, 16. März. — Der neue deutsche Botschafter für die Ver. Staaten, Baron Ago von Maltzan, erhielt vom Präsidenten Coolidge, als er im Weißen Hause seine Beglaubigungspapiere in seiner Kapazität als deutscher Botschafter überreichte, die Zusicherung der Unterstützung und des Vertrauens der Washingtoner Regierung. Der neue Botschafter übernehme seinen Posten zu einer Zeit, in welcher das deutsche Volk wiederum den Pfad der Prosperität und des Friedens betrete, bemerkte Präsident Coolidge. Der Präsident nahm des Weiteren die Gelegenheit wahr, dem verstorbenen Präsidenten Ebert von der deutschen Republik seine Anerkennung auszusprechen.

„Sie kommen in einem Zeitpunkte nach Amerika, in dem Ihr Volk den Tod seines ersten Präsidenten betrauert," sagte der Präsident. „Es war ein Mann von glänzender Unbescholtenheit, mit Taktgefühl und von allgemeinem Mitgefühl für seine Mitmenschen beseelt. Dem Präsidenten Ebert fiel die überaus schwierige Aufgabe zu, das Regierungsschiff der deutschen Republik durch die ersten Sturmjahre zu steuern, Volksteile, die in gegenseitigem Hader miteinander lagen, einander näher zu bringen und miteinander zu versöhnen, den Bürgern des Landes Mut einzuflößen und das Vertrauen des Auslandes zum deutschen Volke wieder aufzubauen. Sein Bestreben und seine Tätigkeit war mit Erfolg gekrönt. Denn er hatte einen klaren Blick, der scharf und klar auf die Bahn des Rechtes und der Pflicht gerichtet war. Er war außerdem ein Mann von großer natürlicher Veranlagung und Geschicklichkeit und fühlte in sich die Macht des Wachstums, das ihm Jahr für Jahr eine größere Kraftentfaltung verlieh. Sein Erfolg beruhte auch darauf, daß er von Männern unterstützt wurde, die guten Willen bekundeten.

„Es liegt jetzt an Ihnen, in Amerika die gerechte Aspiration Ihres Volkes kundzutun, das Einvernehmen, das die einzige gesunde Grundlage eines dauernden Friedens ist, zu fördern. Daß die Vereinigten Staaten das Vorrecht genossen, beim Wiederaufbau Deutschlands hilfreiche Hand zu leisten, ist eine Ursache der Befriedigung für uns alle.

In seiner Erwiderung bemerkte Botschafter Maltzan, daß die Ver. Staaten zu wiederholten Malen Deutschland Beweise des Einverständnisses und des Vertrauens gegeben haben. „Zu derselben Zeit," fuhr der Botschafter fort, „erinnere ich mich mit dankbarer Anerkennung der edelmütigen und opferwilligen Tätigkeit amerikanischer Bürger auf den Wegen sozialer und geschäftlicher Hilfeleistung und der weitblickenden Tätigkeit auf dem Gebiete finanzieller und ökonomischer Konstruktion auf Grund eines von einem Amerikaner entworfenen Planes, der in der Geschichte fortleben wird."

Sein letzter Auftrag, den der deutsche Botschafter, wie er erklärte, vom Präsidenten Ebert erhielt, bestand darin, dem Präsidenten Coolidge die hohe persönliche Achtung des letzteren für die Ver. Staaten und seinen aufrichtigen Wunsch für das Wohlergehen derselben auszudrücken.

Schulstreik im ganzen Elsaß

Protest gegen Einführung der religionslosen Schule.

Straßburg, Frankreich, 16. März. — Bischof Ruch von Straßburg hat einen Schulstreik im ganzen Elsaß angeordnet. Der Streik tritt heute, Montag, zum Protest dagegen in Kraft, daß die französische Regierung die religiös neutrale Schule eingeführt hat. Der Streik dauert drei Tage in Colmar, einen Tag in den anderen Gemeinden der beiden Departements, welche das Elsaß bilden. Erforderlichen Falles wird der Ausstand solange weitergehen, als notwendig ist.

In einem Erlaß an die katholischen Väter und Mütter sagt der Bischof, das Aktionskomitee für religiöse Verteidigung habe den Streik beschlossen. Die Eltern werden ermahnt, den Streikbefehl allgemein ohne Zaudern auszuführen und am 16. März keine ihrer Kinder in die amtlichen Elementarschulen der Departements des Ober- und Niederrheins zu schicken.

Die religiös neutralen Schulen, welchen sich der Bischof widersetzt, sollen, wie bemerkt wird, am Montag in Colmar auf Befehl des Herrn Herriot eröffnet werden. Der Premier führt die Schulen auf Grund von örtlichen Verordnungen ein und nimmt auf ein altes Gesetz Bezug. Der Bischof erklärt jedoch, daß die Bedingungen, unter welchen solche Schulen gesetzmäßig errichtet werden können, nicht erfüllt sind. Die Einführung dieser neuen Schule sei ein Angriff auf das christliche Gewissen.

Die Abrüstungskomödie

Präsident Coolidge für eine neue Konferenz.

Erhöhung des britischen Marinebudgets.

Washington, 16. März. — Präsident Coolidge ist der Ansicht, daß aus den jüngsten Entwickelungen im Auslande hervorzugehen scheine, daß in der Rüstungsfrage eine wichtige Aenderung eingetreten sei, die die Einberufung einer Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen durch die Ver. Staaten begünstige. Der Präsident gedenkt die Frage in einer Flotten-Einschränkungs-Konferenz mit Sekretär Kellogg zu besprechen, sobald mit Sicherheit festgestellt werden könne, ob das Konferenz-Projekt des Völkerbundes aufgegeben worden sei.

Die amerikanische Regierung möchte indessen keinerlei Zwang anwenden und sollten die anderen Nationen der Angelegenheit ablehnend gegenüberstehen, dann wird man sich darüber beraten, ob überhaupt Schritte in dieser Richtung unternommen werden sollten.

Präsident Coolidge ist dafür, daß eine solche Rüstungseinschränkungs-Konferenz in Washington abgehalten werden sollte, da die Atmosphäre der amerikanischen Hauptstadt für einen erfolgreichen Verlauf der Konferenz besonders günstig sei. Der Ort, wo dieselbe stattfinden soll, würde natürlicherweise aber erst bestimmt werden, nachdem die verschiedenen Regierungen ihre Zustimmung ausgedrückt hätten.

Der Präsident beabsichtigt, zur nämlichen Zeit in informeller Weise mit der Angelegenheit an die fremden Regierungen heranzutreten und zwar durch die amerikanischen Vertreter in London, Paris, Rom und Tokio.

Sollte das Genfer Sicherheitsprotokoll endgültig verworfen werden, so wird das nach seiner Ansicht für die Abhaltung der Konferenz nur günstig sein. Er ist dafür, daß dieselbe baldmöglichst einberufen werde, vermag jedoch begreiflicherweise ein bestimmtes Datum hierfür nicht zu nennen.

London, 16. März. — Das Marinebudget Großbritanniens für das Rechnungsjahr 1925/26 beläuft sich auf 60½ Millionen Pfd. Sterling oder 4,700,000 Pfd. Sterling mehr als für das jetzige Jahr.

1,500,000 Pfd. Sterling sind als Folgen unkontrollierbarer Ursachen, wie Lohnerhöhung und Preissteigerung, sowie Reduzierung des Lagers der aus den Kriegszeiten übrig gebliebenen Bestände angeführt.

Die Regierung erklärt, daß sie dem Parlament ein Flottenbauprogramm nach Abschluß der bezüglichen Untersuchung vorlegen werde.

In das Budget sind die Kosten für die Konstruktion eines Flottenstützpunktes in Singapore aufgenommen. Es wird erklärt, daß diese Basis ein unbedingt notwendiges Glied in der Kette der Verbindung mit den britischen Dominien im Gebiete des Stillen Meeres sei.

Der Mannschafts-Bestand der Kriegsflotte soll im nächsten Fiskaljahre von 100,500 auf 102,675 erhöht werden. In dem Budget ist weiter die Vollendung des Baues der Kreuzer Effingham, Emerald und Enterprise und der Unterseeboote L 25 und L 26 vorgesehen, während Beträge für die Fortsetzung der Konstruktion der Großkampfschiffe Nelson und Rodney, der 5 Kreuzer der Kent-Klasse, des Minenlegers „Adventure", der Zerstörer „Amazon" und „Ambuscade" und des Unterseebootes O 1 eingesetzt sind.

In dem Voranschlag wird erklärt, daß die britische Regierung die im Washingtoner Vertrag übernommenen Verpflichtungen zum Abwracken von Großkampfschiffen ausgeführt habe. „Agamemnon" und „Colossus" wurden für den Kriegsdienst untauglich gemacht. Ersteres, wird als Zielobjekt, letzteres als Uebungsschiff benützt. „Australia" und „Monarch" wurden versenkt und 18 Schiffe abgebrochen und das daraus gewonnene Material von 400,000 Tonnen an Alteisenhändler verkauft.

Der Minister des Flugwesens, Sir Samuel Hoare, erklärte im Unterhause, er beabsichtige lange Distanzflüge innerhalb der Grenzen des britischen Reiches vornehmen zu lassen, darunter zwei Flüge von Kairo nach Kapstadt und von Kairo nach dem Tschadsee.

Blutiger Auftakt zur deutschen Präsidentenwahl

Bis jetzt fünf Kandidaten aufgestellt.

Berlin, 16. März. — Fünf Bewerber um die Präsidentschaft stehen jetzt im Feld und möglicherweise stellen die Nationalsozialisten einen sechsten auf. Es ist darum ziemlich sicher, daß die Wahl am 29. März keine Entscheidung bringt. Die offiziellen Bewerber sind jetzt: Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Kommunist; Otto Braun, vormals preußischer Ministerpräsident, Sozialist; Dr. Wilhelm Marx, vormals Kanzler und derzeit preußischer Ministerpräsident, Zentrum; Dr. Wilhelm Hellpach, Präsident des badischen Freistaates, Demokrat; Dr. Karl Jarres, früher Minister des Innern, gegenwärtig Bürgermeister von Duisburg, gemeinsamer Kandidat der Rechtsparteien.

Die Wahl am 29. März wird nach allgemeiner Ansicht nur eine Kraftprobe zwischen den Gruppen der Rechten und der Linken. Nachher werden voraussichtlich für die entscheidende Abstimmung am 26. April zwei Bewerber auf Grund von Vereinbarungen aufgestellt. Sollte Jarres keine genügende Stärke zeigen um seine Erwählung am 26. April wahrscheinlich zu machen, so wird die Rechte für die zweite Wahl unter Umständen den Wehrminister Geßler als Kandidaten unterstützen. Geßler ist Katholik und Demokrat, aber sehr konservativ. Die Rechte würde in diesem Falle damit rechnen, Stimmen vom Zentrum und den Demokraten zu gewinnen.

Nach Meldungen aus Halle wurden bei dortigen Wahlkrawallen, als die Polizei eine Versammlung von Kommunisten zu sprengen suchte, 5 Personen getötet und 24 schwer verwundet. Im ganzen Reich sind außergewöhnliche Vorkehrungen zur Verhütung von Gewalttaten in dem politischen Kampfe getroffen.

Nach Mitteilung der Polizei begann der Tumult, als die Uebersetzung der Rede eines englischen Kommunisten verboten wurde. Leute auf den Galerien riefen der Polizei Beleidigungen zu. Schüsse fielen. Die Polizei erwiderte das Feuer. Nach unseren Berichten, fügt die Meldung bei, sind fünf Kommunisten tot, darunter eine Frau, sechs schwer und 19 leichter verwundet.

Prügelei in der italienischen Kammer

Rom, 16. März. — In der Deputiertenkammer kam es zu einer Prügelei, die der kommunistische Abgeordnete Signor Maffi verursachte. Maffi hatte eine Anzahl faszistischer Abgeordneter beschuldigt, daß sie ihre Stellungen dazu benützten, um sich zu bereichern und Gewaltakte zu verüben. Dies gab Veranlassung zu einem Krawall, da die Beschuldigten sich die Anklagen nicht gefallen ließen. Es kam mehrfach zu Faustkämpfen.

Oesterreichs Hans Sachs

Berlin, 16. März. — Die deutschen Zeitungen zollen hohen Tribut dem Andenken von Peter Menth, Oesterreichs berühmtestem Schuhmacher, der kürzlich im Alter von 84 Jahren in Kritzendorf, Oesterreich, gestorben ist. Menth wurde im historischen Kostüm von Hans Sachs, seines berühmten Vorfahren, den Richard Wagner in seinen „Meistersingern" verewigt hat, begraben. Der ursprüngliche Hans Sachs war ein „Schuhmacher und Poet dazu". Menth ahmte ihm nach und hinterläßt eine Sammlung von 20 Bänden Gedichte und Lieder. Der frühere Kriegsminister Baron von Auffenberg-Komarow hielt die Begräbnisrede und viele hervorragende Oesterreicher standen neben dem Sarge.